



ELKE ZIMMER MdL

Erste Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktion der FDP/DVP Gesetz über die Berufliche Realschule (Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für Baden-Württemberg)

Drucksache 16/5290

Plenarsitzung, 20. März 2019

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir über die rund 700 öffentlichen Haupt- und Werkrealschulen im Land sprechen, dann sprechen wir über fast 80 000 junge Menschen. Junge Menschen, die schon früher als Gleichaltrige mit der Frage konfrontiert sind, wie es für sie nach der Schule weiter gehen soll. Um die muss es uns an allererster Stelle gehen.

Aber um worum geht es Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der FDP?

Es geht Ihnen um den Erhalt einer Schulart! So steht es in der Begründung Ihres Gesetzentwurfes. Wenigstens machen Sie sich damit gleich ehrlich. Wer dann auf innovative Ideen gespannt ist, wird enttäuscht: Sie schlagen vor die Haupt- und Werkrealschulen in Berufliche Realschulen umzubenennen und einen Teil des Unterrichts an die Beruflichen Schulen zu verschieben. So hoffen Sie wirklich die Akzeptanz dieser Schulart bei Eltern und Schülerinnen und Schülern zu verbessern? Aha.

In einem der Anhörungsergebnisse heißt es treffend: das wäre ein neuer „Bäbber“ für eine alte Schulart. Mehr nicht.

Vor allem wenn man sich dann anschaut, wie Sie sich das vorstellen mit der „Attraktivierung“ dieser Schulart.

Die Schülerinnen und Schüler werden nämlich von Ihnen der Einfachheit halber gleich mit etikettiert: die sind allesamt „praktisch begabt“. Und darum brauchen sie dann nach Meinung der FDP auch weniger Allgemeinbildung und sollen schon ab Klasse 7 an einem Tag, und später an zwei Tagen nicht mehr die allgemeinbildende Schule sondern eine Berufliche Schule besuchen.

Um gleich mal jede böswillige Unterstellung vorwegzunehmen. Ich bin als Diplom Handelslehrerin ein großer Fan der Beruflichen Schulen. An diesen Schulen wird tolle Arbeit geleistet. Vom Vorqualifizierungsbereich bis hin zu den Beruflichen Gymnasien. Hier sollen nach dem Willen der FDP zukünftig an mehreren Tagen auch noch die Schülerinnen und Schüler der umliegenden Haupt- und Werkrealschulen unterrichtet werden. - Ganz abgesehen von der Frage, wie diese Schülerinnen und Schüler eigentlich von einer zur anderen Schule kommen sollen, vor allem im ländlichen Raum- liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP: Wie stellen Sie sich das eigentlich praktisch vor?!

Das ist ein mehr als wackeliges Haus, dass sie da errichten wollen.

Und für wen wollen Sie dieses wackelige Haus bauen?



ELKE ZIMMER MdL

Für den Teil der Schülerschaft, der sowieso sehr viel mehr zu kämpfen hat als viele andere. 45 % von ihnen haben einen Migrationshintergrund und der aktuelle Bildungsbericht sagt uns, dass der Anteil derer, die am Ende des Schuljahres das Klassenziel nicht erreichen an den Haupt- und Werkrealschulen in Klasse 10 bei 7% liegt.

Das sind mehr als doppelt so viel, wie an den Gymnasien. Das sind Kinder, die von sich selbst im Alter von 10 Jahren bereits sagen: „Ich habe es nicht geschafft.“ Aber genau diese Kinder brauchen doch mehr als nur Berufsorientierung!

Was diese Kinder brauchen ist definitiv mehr Unterstützung und mehr individuelle Förderung und nicht in der 7. Klasse den Füller gegen den Zollstock eingetauscht bekommen. Das ist Bildungspolitik von vor 50 Jahren, liebe FDP! Es geht Ihnen hier definitiv nicht um die Kinder. Es geht Ihnen um Humankapital für den Arbeitsmarkt!

Dann kommen Sie auch noch und schlagen vor die zusätzlich benötigten rund 500 Deputate über eine Erhöhung des Klassenteilers bei den Gemeinschaftsschulen gegen zu finanzieren. Das ist mehr als durchschaubar. Dafür haben Sie sich aber bereits in der Anhörung von allen Beteiligten Körbe eingefangen.

Das geht gar nicht. Mehr sage ich zu diesem Vorschlag nicht.

Sie schlagen also eine Stärkung des beruflich-praktischen Profils der Haupt- und Werkrealschulen vor.

Zur Erinnerung: Bereits jetzt wird auch an unseren Haupt- und Werkrealschulen ab Klasse 7 das Fach Wirtschaft / Berufs- und Studienorientierung unterrichtet und eine intensive berufliche Orientierung von der Kompetenzanalyse, über verschiedene Praktika bis zu Bildungspartnerschaften zwischen Schulen und Betrieben angeboten. Und auch an diesen Schulen arbeitet eine unglaublich engagierte Lehrerschaft!

Und trotz all dieser Bemühungen sind nicht alle jungen Menschen, die die Haupt- und Werkrealschule abschließen ausbildungsreif.

Die Ausbildungsreife dieser jungen Menschen erreichen wir aber sicher nicht dadurch, dass wir sie ab Klasse 7 an die beruflichen Schulen „karren“ und dort unterrichten lassen.

Ich halte fest:

- Wir haben selbstverständlich schon heute die beruflich-praktische Orientierung an unseren Haupt- und Werkrealschulen und das wissen die Eltern auch.
- Wir haben einen schwindenden Zulauf zu den Haupt- und Werkrealschulen im Land. Dafür steigt das Interesse am längeren Gemeinsamen Lernen plus beruflicher Orientierung, was der Trend bei den Gemeinschaftsschulen zeigt.

Es muss das Ziel all unserer Bestrebungen im Bildungsbereich sein Kinder und Jugendliche auf dem Weg zu einem eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Leben zu begleiten. Der Gesetzesentwurf der FDP wird diesem Auftrag in keiner Weise gerecht und wird von der Fraktion der GRÜNEN nicht mitgetragen.